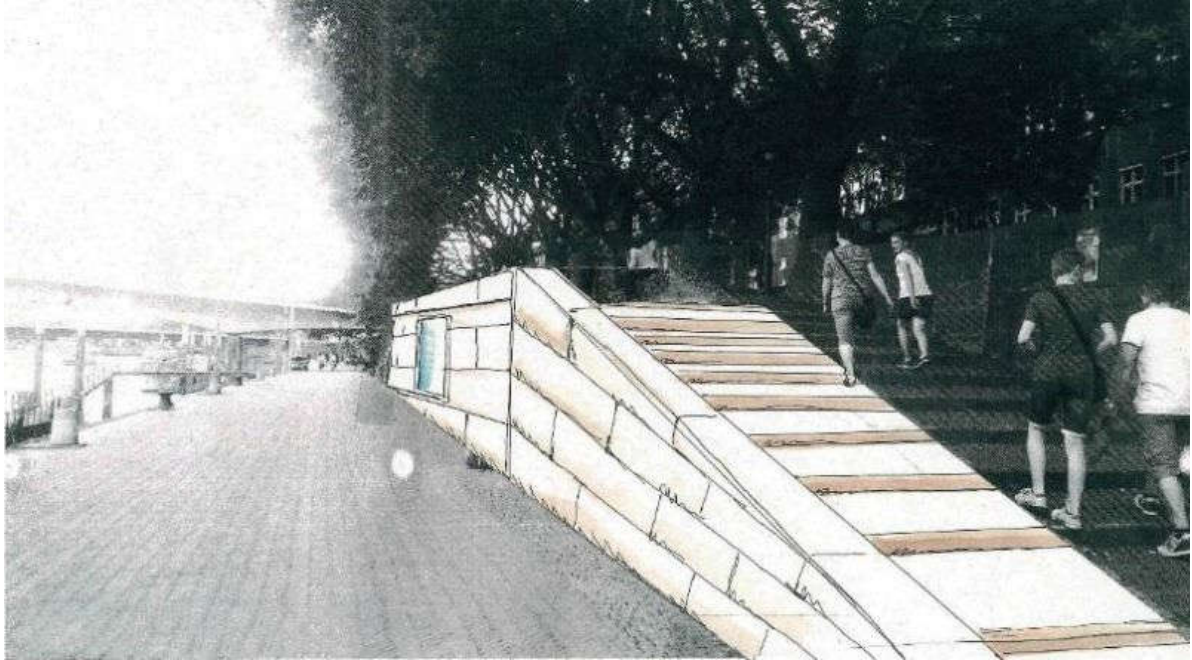


## Arisierungs-Mahnmal

# Verwirrung um eine Vorlage

Kulturdeputation abgesagt, weil Plan zu Kosten und Details des Mahnmals zurückgezogen wurde



Bremen. Eigentlich hätte am Mittwochnachmittag die Kulturdeputation zusammengesessen. Dass die Deputierten sich dann aber doch etwas anderes für diese Zeit vornehmen konnten, lag daran, dass es nichts gab, worüber man hätte sprechen können. Und das wiederum sorgte an einigen Stellen für Stirnrunzeln.

Wichtigster Punkt auf der Tagesordnung war, dass der Runde – wie schon vor der Sommerpause beschlossen – der Masterplan für die Errichtung des Mahnmals zur Erinnerung an den Raub jüdischen Eigentums an der Schlachte vorgelegt wird. Darin von besonderem Interesse: Die Zeit, die es dauert, bis das Denkmal irgendwann einmal fertig ist und die Höhe der Kosten. Am späten Dienstagnachmittag wurde die Sitzung mit der Begründung abgesagt, es bestehe zum Thema Mahnmal weiterer politischer Beratungsbedarf, also könne man noch nichts vorlegen. Der Hinweis auf den politischen Beratungsbedarf überrascht, denn es hat zwar einige Zeit und einige Streits gedauert, aber grundsätzlich waren sich zuletzt alle einig. Erst während der letzten Bürgerschaftssitzung Mitte August hatten die Abgeordneten einen Antrag von SPD, Grünen und Linken zur Einbettung des Denkmals in ein Erinnerungskonzept beschlossen.

Und wo hakt es nun jetzt? Auf Regierungsebene sind aufgrund der Vorlage nun Fragen rund um die praktische Umsetzung aufgetaucht, deshalb wurde sie zurückgezogen. Dabei dürfte es auch um die Kosten gehen. Nicht so sehr um die Höhe an sich – nach WESER-KURIER-Informationen wird es mehr als eine halbe Million Euro kosten –, sondern um die Nennung einer Schätzung in der Vorlage. Die Grünen hatten aber immer wieder auf detailliert aufgeschlüsselte Kosten gedrungen. Grundsätzlich hatte die Bürgerschaft vereinbart, dass sich die Stadt und die damals an dem Raub des Eigentums der Juden beteiligten Unternehmen beziehungsweise ihre Nachfolger sich mit jeweils einem Drittel an den Kosten beteiligen und der Rest durch Spenden getragen werden solle.

Nun soll das Thema auf die nächste Sitzung Ende Oktober vertagt werden. Miriam Strunge (Linke), Vorsitzende der Kulturdeputation, hält diesen Termin für zu spät. "Ich bin für eine Sondersitzung, sobald alle Informationen vorliegen, möglichst noch vor der Pause durch die Herbstferien", sagt sie.

Die jüngste Verzögerung in Sachen Mahnmahl ist nicht die erste. Dass man es bauen will, hatte die Bürgerschaft schon im November 2016 beschlossen. Wie es aussehen soll am Standort in den Stufen auf Höhe der Zweiten Schlachtpforte steht seit Februar fest. Geplant ist ein rund 15 Quadratmeter großer Raum, der in die Schlachte-Mauer eingelassen wird. Durch Glasfronten kann man von der Seite und von oben in ihn hineinsehen. Der Raum ist leer, lediglich Schattierungen an den Wänden sollen auf ausgeräumte Möbel verweisen.

---